



Geschäfte des EFD 2016

2. Quartal

Bundesfinanzen

- **Konsolidierte Rechnung:** Der Bundesrat hat die konsolidierte Rechnung für das Jahr 2015 genehmigt. Die finanzielle Lage in den zentralen und dezentralen Einheiten des Bundes ist nach wie vor gut. Im Jahresergebnis resultiert ein Überschuss von 1,7 Milliarden Franken. (13.04.)
- **Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen:** Die «Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz» erscheinen nach 2008 und 2012 zum dritten Mal. Der vom Eidgenössischen Finanzdepartement erstellte Bericht zeigt die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Haushalte bis ins Jahr 2045 auf. (28.04.)
- **Finanzausgleich:** Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) hat die Ausgleichszahlungen der einzelnen Kantone für das Jahr 2017 ermittelt. Die Veränderungen des Gesamtsystems sind gegenüber dem Jahr 2016 relativ gering. Die stärkste Zunahme des Ressourcenindex verzeichnen die Kantone Nidwalden, Obwalden und Neuenburg. Die Indizes der Kantone Schaffhausen, Waadt und Solothurn weisen den grössten Rückgang auf. Die Berechnungen werden den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. (23.06.)
- **Bundeshaushalt:** Der Bundesrat hat den Voranschlag 2017 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018-2020 materiell verabschiedet. Im Voranschlag 2017 resultiert ein Finanzierungsdefizit von rund 600 Millionen. Aufgrund des aussergewöhnlich starken Wachstums der Ausgaben für die Migration beantragt der Bundesrat dem Parlament, einen Teil als ausserordentliche Ausgaben einzustellen. Im Finanzplan 2018-2020 erwartet der Bundesrat Defizite von 1,4 bis 2 Milliarden pro Jahr. Grund dafür sind, nebst den Migrationsausgaben, Beschlüsse des Parlaments, die den Haushalt ab 2018 belasten. Der Bundesrat wird im Herbst ein weiteres Stabilisierungspaket für die Jahre 2018 bis 2020 vorlegen. (29.06.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **Stabilisierungsprogramm 2017-2019:** Der Bundesrat hat die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zum Stabilisierungsprogramm 2017-2019 diskutiert und erste Zwischenentscheide gefällt. Dabei hat er die wesentlichen Eckwerte des Vernehmlassungsentwurfs bestätigt. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, dem Bundesrat bis Ende Mai die Botschaft zuhanden des Parlaments zu unterbreiten. (06.04.)
- **Alkoholgesetz:** Der Bundesrat hat eine Botschaft zur Teilrevision des Alkoholgesetzes in zwei Schritten verabschiedet. Erste Priorität haben die Integration der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV), die Privatisierung von Alcosuisse und die Liberalisierung des Ethanolmarktes. (06.04.)

- **Zollabkommen mit Norwegen:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum Abkommen über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen mit Norwegen verabschiedet. Das Abkommen soll den reibungslosen Warenaustausch zwischen der Schweiz und Norwegen gewährleisten. Es muss vom Parlament noch genehmigt werden. (18.05.)
- **Stabilisierungsprogramm 2017-2019:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019 verabschiedet und dem Parlament zur Beratung überwiesen. Das Programm sieht jährliche Entlastungen von 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken vor. Mit insgesamt 24 Massnahmen tragen sämtliche Aufgabengebiete des Bundes zur Haushaltsentlastung bei. (25.05.)
- **Steueramtshilfegesetz:** Der Bundesrat hat vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen und die Botschaft zur Änderung des Steueramtshilfegesetzes zuhanden des Parlaments verabschiedet. Die Praxis der Schweiz in Bezug auf gestohlene Daten soll gelockert werden. Neu soll auf Ersuchen eingetreten werden können, falls ein ausländischer Staat solche Daten auf ordentlichem Amtshilfeweg oder aus öffentlich zugänglichen Quellen erhalten hat. Weiterhin nicht möglich ist die Amtshilfe, falls ein Staat gestohlene Daten ausserhalb eines Amtshilfeverfahrens aktiv erworben hat. (10.06.)
- **Tabaksteuergesetz:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Tabaksteuergesetzes (TStG) verabschiedet. Die Änderungen betreffen die Vollzugszuständigkeit innerhalb der Zollverwaltung und die Ergänzung um den Begriff Wasserpfeifentabak. (17.06.)
- **Neue Finanzordnung 2021:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur neuen Finanzordnung 2021 verabschiedet. Mit der Vorlage sollen die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer bis 2035 gesichert werden. Die beiden Steuern generieren über 60 Prozent der Bundeseinnahmen und sind somit für die Aufgabenerfüllung des Staates unerlässlich. (22.06.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Austausch länderbezogener Berichterstattung:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur multilateralen Vereinbarung über den Austausch länderbezogener Berichte und das für deren Umsetzung erforderliche Bundesgesetz eröffnet. Ziel der Vorlage ist es, die Transparenz der Besteuerung multinationaler Konzerne zu verbessern und einen einheitlichen Rahmen für den Austausch der Berichte festzulegen. Die Vernehmlassung dauert bis am 13. Juli 2016. (13.04.)
- **Steueramtshilfeverordnung:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Totalrevision der Steueramtshilfeverordnung (StAhiV) eröffnet. Die Revision definiert den Rahmen und die nötigen Verfahren für den spontanen Informationsaustausch, einschliesslich jene, die für den Informationsaustausch über Steuervorbescheide (sogenannte «Rulings») gelten. Die Vernehmlassung dauert bis zum 10. August 2016. (20.04.)
- **Internationaler AIA in Steuersachen:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen eröffnet. Die Vernehmlassung dauert bis zum 9. September 2016. (18.05.)
- **Umsatzabgabebefreiung ausländischer statischer Treuhandgesellschaften:** Treuhandgesellschaften, die ausschliesslich die Steuer- und Meldepflichten der Treugeberin oder des Treugebers in ihrem Herkunftsstaat sicherstellen, sogenannte statische Treuhandgesellschaften, sollen von der Umsatzabgabe befreit werden. Damit werden Schweizer Banken, die solche Vermögen verwalten, gegenüber ausländischen Banken nicht länger benachteiligt. Das schlägt der Bundesrat in der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (StG) vor. Er erfüllt damit die Forderung der Motion Abate (13.4253), die von den Eidgenössischen Räten im Jahr 2014 überwiesen worden war. (25.05.)

Internationales

- **SNB-Darlehen zugunsten ärmerer Länder:** Der Bundesrat hat der Schweizerischen Nationalbank (SNB) den Antrag gestellt, ein Darlehen von 500 Millionen

Sonderziehungsrechten (rund 700 Millionen Franken) an den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (PRGT) des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu gewähren. Mit dem PRGT-Treuhandfonds vergibt der IWF verbilligte Darlehen an die einkommensschwächsten Mitgliedsländer. Damit sollen in diesen Ländern strukturelle Anpassungen erleichtert und die Weichen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum gestellt werden. (13.04.)

- **Frühjahrstagung 2016 von IWF und Weltbank:** Bundesrat Ueli Maurer als Schweizer Delegationsleiter und Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahmen an der gemeinsamen Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe vom 15. bis 17. April 2016 in Washington, DC, teil. Im Vorfeld der Tagung nahm die Schweiz ferner am zweiten Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 unter chinesischer Präsidentschaft teil. Wichtigste Themen bei den Treffen waren die weltwirtschaftlichen Aussichten und die Lage auf den Finanzmärkten. Bei der Weltbankgruppe stand die Rolle der Institution bei der Bewältigung neuer globaler Entwicklungsherausforderungen im Zentrum. (17.04.)
- **Notfallplanung Asyl:** Der Bundesrat hat von den getroffenen und geplanten Massnahmen im Asylbereich Kenntnis genommen, auf die sich das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), Kantone, Städte und Gemeinden am 14. April in den Eckwerten ihrer gemeinsamen Notfallplanung festgelegt haben. Dementsprechend hat er das VBS beauftragt, alle nötigen Massnahmen zu treffen, damit die Armee bei Bedarf die zivilen Behörden, namentlich das Grenzschutzkorps (GSK), gemäss Notfallplanung unterstützen kann. (20.04.)
- **Neuer Staatssekretär für internationale Finanzfragen:** Der Bundesrat hat Jörg Gasser, Generalsekretär im Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD), zum Staatssekretär für internationale Finanzfragen im EFD ernannt. Er tritt die Nachfolge von Staatssekretär Jacques de Watteville an, der Ende Juni das Pensionsalter erreichen und im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die Funktion als Chefunterhändler für die Gesamtheit der Verhandlungen mit der EU fortführen wird. Jörg Gasser wird sein neues Amt am 1. Juli 2016 antreten. (20.04.)
- **Gewürztes Fleisch:** Der Bundesrat hat das geänderte Zolltarifgesetz auf den 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt. Damit wird die parlamentarische Initiative «Aufhebung der zolltariflichen Begünstigung der Importe von gewürztem Fleisch» umgesetzt. Der private Import von Fleisch ist davon nicht betroffen. (20.04.)
- **Exporte:** In den ersten drei Monaten 2016 stiegen die Exporte arbeitstagbereinigt um 2,5 % (real: - 1,4 %), während die Importe um 1,1 % abnahmen (real: - 1,8 %). Ausfuhrseitig spielten die Chemisch-Pharmazeutischen Produkte eine zentrale Rolle, während importseitig namentlich die Energieträger das Gesamtergebnis belasteten. Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 9,6 Mrd. Fr. (21.04.)
- **Besuch an der Südgrenze:** Bundesrat Ueli Maurer stattete der Grenzschutzregion Tessin einen Arbeitsbesuch ab. Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) begleitete die Mitarbeitenden des Grenzschutzkorps (GSK) und des zivilen Zolls bei ihrer Arbeit und verschaffte sich detaillierte Einblicke in ihren Berufsalltag. Bundesrat Ueli Maurer wurde begleitet vom Chef GSK, Brigadier Jürg Noth. (22.04.)
- **Finanzdialog mit Iran:** Hochrangige Vertreter des Staatssekretariates für internationale Finanzfragen (SIF) und der Central Bank of the Islamic Republic of Iran (CBI) haben sich in Bern erstmals zu einem Finanzdialog getroffen. Die beiden Delegationen tauschten sich zu Entwicklungen der globalen Wirtschaft sowie der Finanzmärkte aus und diskutierten aktuelle internationale und inländische Regulierungsreformen. Der Austausch mit den iranischen Behörden soll die Finanzbeziehungen stärken und Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Finanzdienstleistungen zwischen den beiden Ländern ermöglichen. (02.05.)
- **Umweltrisiken im Finanzsektor:** Auf Einladung des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD fand in Bern ein internationales Arbeitstreffen zur Analyse

von Umweltrisiken im Finanzsektor statt. Mit dem Workshop leistet die Schweiz einen Beitrag zur aktuellen Diskussion betreffend Fragen der Nachhaltigkeit im Finanzsystem. Teilgenommen haben Mitglieder der G20 Green Finance Study Group sowie wichtige globale Finanzintermediäre. Die Konferenz wurde von Bundesrat Ueli Maurer eröffnet. (12.05.)

- **Besuch eines chinesischen Ministers:** HUANG Shuxian, hochrangiger Minister Chinas, weilte zu einem Arbeitsbesuch in Bern. Im Gespräch mit Finanzminister Ueli Maurer wurden unter anderem internationale Finanz- und Steuerthemen aufgegriffen. (18.05.)
- **Besuch von Regierungschef Adrian Hasler:** Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes, hat in Bern Adrian Hasler, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, zu einem Arbeitsbesuch getroffen. Die Minister sprachen unter anderem über internationale Steuerthemen. (24.05.)
- **Besuch des polnischen Finanzministers:** Bundesrat Ueli Maurer empfing den polnischen Finanzminister Paweł Szalamacha zu einem Besuch in Bern. Die beiden Finanzminister besprachen finanz- und wirtschaftspolitische Fragen sowie die Zusammenarbeit in den internationalen Finanzinstitutionen. Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahm ebenfalls am Gespräch teil. (27.05.)
- **Zollgesetz:** Der Bundesrat hat die in der Frühlingsession von der Bundesversammlung verabschiedete Änderung des Zollgesetzes auf den 1. August 2016 in Kraft gesetzt. (03.06.)
- **Zolltarif:** Aufgrund der revidierten Nomenklatur des Weltzollrats (WZO) wird der Schweizer Zolltarif angepasst, wobei die Zollbelastung der Waren unverändert bleibt. Mit diesen Anpassungen, die der Bundesrat genehmigt hat, wird den neusten technologischen Entwicklungen Rechnung getragen. Damit verfügt die Schweiz über eine aktuelle Nomenklatur, die weltweit kompatibel ist. Dies ermöglicht der Wirtschaft einen administrativ reibungslosen Handel. (10.06.)
- **Staatssekretär de Watteville in Neu Delhi:** Der Staatssekretär für internationale Finanzfragen Jacques de Watteville hat in Neu Delhi seinen Amtskollegen, Revenue Secretary Hasmukh Adhia, sowie den Staatssekretär für Wirtschaftsfragen Shaktikanta Das getroffen. Gegenstand der Gespräche waren bilaterale und multilaterale Steuer- und Finanzfragen. Aus diesem Anlass wurde eine gemeinsame Erklärung (Joint Statement) unterzeichnet. (15.06.)

Wichtige Verordnungen

- **Mineralölsteuerverordnung:** Der Bundesrat hat eine Änderung der Mineralölsteuerverordnung bezüglich biogener Treibstoffe wie Biodiesel und Biogas gutgeheissen. Gleichzeitig hat er die Inkraftsetzung der vom Parlament beschlossenen Änderungen des Mineralölsteuergesetzes sowie des Umweltschutzgesetzes vom 21. März 2014 bestimmt. Die geänderten Erlasse treten auf den 1. August 2016 in Kraft. (04.05.)
- **Eigenmittelverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat eine Vernehmlassung zur Änderung der Eigenmittelverordnung eröffnet. Mit der Revision sollen zwei Ergänzungen der internationalen Rahmenvereinbarung Basel III umgesetzt und dadurch die Eigenmittelunterlegung bei Derivaten und bei im Bankenbuch gehaltenen Fondsanteilen risikosensitiver ausgestaltet werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 15. September 2016. (13.06.)
- **Finanzmarktinfrastrukturen:** Der Bundesrat hat die Finanzmarktinfrastukturverordnung (FinfraV) angepasst. In Angleichung an die Entwicklungen in der EU wurden die Übergangfristen für Finanzmarktinfrastrukturen um ein Jahr verlängert. (29.06.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **Taubenhalde:** Für die Sanierung der Verwaltungsgebäude an der Taubenhalde in Bern hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen Projektwettbewerb

- durchgeführt. Das Siegerprojekt kommt aus Bern. Eine Ausstellung präsentiert in den nächsten zwei Wochen die zwölf eingereichten Wettbewerbsentwürfe. (14.04.)
- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA schloss das schwierige Anlagejahr 2015 mit einer netto Gesamttrendite von -1,93 Prozent (Vorjahr 5,87 Prozent) ab. Die anhaltend angespannte Lage an den Finanzmärkten hatte PUBLICA dazu veranlasst, per 1. Januar 2015 den technischen Zinssatz sowie den Umwandlungssatz zu senken. Dank entsprechender Rückstellungen in den drei Jahren zuvor und weiterer flankierender Massnahmen konnte das Leistungsniveau weitgehend beibehalten werden. Der durchschnittliche konsolidierte Deckungsgrad über alle 21 Vorsorgewerke sank von 105,3 Prozent im Vorjahr auf 100,1 Prozent im Jahr 2015. Die administrativen Verwaltungskosten konnten weiter optimiert (185 Franken pro versicherte bzw. rentenbeziehende Person) und die hohe Dienstleistungsqualität aufrechterhalten werden. (14.04.)
 - **Bernabrunnen:** Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) restauriert in den nächsten Monaten den Bernabrunnen vor dem Bundeshaus West. Die Brunnenfiguren werden für die Dauer der Restaurierung entfernt und nehmen voraussichtlich Ende 2016 wieder ihren Platz auf dem Brunnen ein. (18.04.)
 - **Cyber-Risiken:** Der Bundesrat hat den Jahresbericht 2015 des Steueraussschusses über den Umsetzungsstand der «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)» zur Kenntnis genommen. Im vergangenen Jahr wurden wichtige Ziele erreicht. Unter anderem wurden Risiko- und Verwundbarkeitsanalysen in kritischen Teilssektoren durchgeführt, ein Lageradar zur Visualisierung der aktuellen Bedrohungslage entwickelt sowie die Fachkompetenzzentren weiter ausgebaut, damit Vorfälle rascher angegangen werden können. (20.04.)
 - **Innovative Formen von Finanzdienstleistungen:** Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, den regulatorischen Handlungsbedarf im Bereich innovativer Finanztechnologien (Fintech) zu prüfen. Gleichzeitig hat er die Anwendbarkeit der geltenden gesetzlichen Bestimmungen für eine bewilligungsfreie Abwicklung von Finanztransaktionen auch für Dienstleistungen von Fintech-Unternehmen bekräftigt. (20.04.)
 - **MELANI:** Im zweiten Halbjahr 2015 kam es weltweit wiederum zu einigen teilweise spektakulären Cyber-Vorfällen. Im Fokus standen unter anderem verschiedene DDoS-Attacken, Angriffe mittels Phishing sowie Angriffe auf industrielle Kontrollsysteme. Das Schwerpunktthema des 22. MELANI-Halbjahresberichts bildet der Umgang mit Sicherheitslücken. (28.04.)
 - **„Too-big-to-fail“-Bestimmungen:** Der Bundesrat hat die Anpassung der geltenden „Too-big-to-fail“-Bestimmungen verabschiedet. Damit konkretisiert er den im Evaluationsbericht vom Februar 2015 identifizierten Handlungsbedarf zu den „Too-big-to-fail“-Risiken in der Schweiz. Die neuen Anforderungen sind bis Ende 2019 zu erfüllen. Die Widerstandsfähigkeit der systemrelevanten Banken erhöht sich dadurch weiter und die Möglichkeit zur Sanierung oder geordneten Abwicklung ohne Belastung der Steuerzahler wird nochmals verbessert. Mit den neuen Bestimmungen wird die Schweiz zu den Ländern mit international führenden Eigenmittelanforderungen für global systemrelevante Banken gehören und den 2015 von den G20-Staaten gutgeheissenen Kapitalstandard für solche Banken erfüllen. Die Neuerungen treten am 1. Juli 2016 in Kraft. (11.05.)
 - **Sanierung Stützmauer Bundeskanzlei:** Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) saniert die Stützmauern der Bundesterrasse, die sich aareseitig vom Bernerhof über das Bundeshaus West, Parlamentsgebäude und Bundeshaus Ost bis hin zum Hotel Bellevue Palace erstrecken. Im Bereich der Kanzlei weist die Stützmauer einen statisch kritischen Zustand auf, was erweiterte bauliche Massnahmen erforderlich macht. Voraussichtlich im Herbst 2017 sind die Umgebungsarbeiten und die Arbeiten an der Stützmauer bei der Kanzlei abgeschlossen. (12.05.)
 - **Sozialpartner des Bundes:** Bundesrat Ueli Maurer hat sich erstmals als Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements mit den Spitzen der Personalverbände des Bundes getroffen. Themen waren unter anderem die finanzpolitische Lage des

- Bundes. Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung wurde die Grundlage für die Sozialpartnerschaft für die Legislatur 2016 – 2019 gelegt. (24.05.)
- **Währungspolitisches Instrumentarium:** Der Bundesrat hat den Bericht „Währungspolitisches Instrumentarium“ gutgeheissen. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) derzeit über genügend geldpolitische Instrumente verfügt. (25.05.)
 - **Neue Generalsekretärin:** Der Bundesrat hat Rahel von Kaenel, persönliche Mitarbeiterin des Vorstehers des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), zur Generalsekretärin des EFD ernannt. Sie tritt die Nachfolge von Generalsekretär Jörg Gasser an, der am 1. Juli 2016 seine neue Funktion als Staatssekretär für internationale Finanzfragen im EFD aufnehmen wird. Rahel von Kaenel wird ihr neues Amt am 1. Juli 2016 antreten. (25.05.)
 - **Zivile Bundesbauten:** Der Bundesrat hat die Botschaft 2016 über die zivilen Immobilien verabschiedet. Er beantragt darin beim Parlament zwei Gesamtkredite von insgesamt 179,8 Millionen Franken. (25.05.)
 - **Personalpolitische Vorgaben:** Der Bundesrat hat die strategischen Sollwerte und Indikatoren für das Personalmanagement der Bundesverwaltung erneuert. Er hat dabei an die Vorgaben für die Periode 2011–2015 angeknüpft. Die neuen Vorgaben sind wiederum als Zielbänder ausgestaltet und sollen bis Ende 2019 erreicht werden. Sie betreffen unter anderem die Eigenrekrutierung Kader, die Verteilung der Geschlechter und die Personalführung. (25.05.)
 - **Neue Sondermünzen:** Die Eidgenössische Münzstätte Swissmint lancierte zwei neue Sondermünzen für Sammler und Liebhaber. Die Silbermünze mit dem Titel «Blasmusik» würdigt das kulturelle Schaffen der Schweizer Blasmusikszene. Die Goldmünze «Gottardo 2016» ist der Einweihung des neuen Gotthard-Basistunnels gewidmet. Im Gegensatz zu der im Januar erschienen und bereits ausverkauften Silbermünze, die das Nordportal in Erstfeld zeigt, thematisiert die Goldmünze das Südportal in Bodio. (26.05.)
 - **PUBLICA:** Im Rahmen der Revision der Anstellungsbedingungen hat der Bundesrat im Jahr 2015 beschlossen, den Kaderplan 2 aufzuheben und die darin versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung in den Kaderplan 1 zu überführen. Damit spart die Arbeitgeberin Bundesverwaltung jährlich 4,8 Millionen Franken ein. Mit seinem Beschluss hat der Bundesrat die Aufhebung des Kaderplans 2 nun vorsorgerechtlich umgesetzt. (03.06.)
 - **Organisationsreglement der Nationalbank:** Der Bundesrat hat eine Teilrevision des Organisationsreglements der Schweizerischen Nationalbank (SNB) genehmigt. Mit den vorgenommenen Änderungen werden Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von National- und Ständerat umgesetzt. (03.06.)
 - **Dienststellen für Immobilien:** Der Bundesrat hält an der heutigen Spartenlösung für die Immobilien der zivilen und der militärischen Bundesverwaltung fest. Eine Zusammenlegung zu einer einzigen Dienststelle wäre aus Gründen der Kundenorientierung sowie der Führbarkeit und Effizienz nicht sinnvoll, wie ein Prüfbericht in Erfüllung eines Postulats aus dem Parlament zeigt. Bestehende Synergiemöglichkeiten werden bereits heute genutzt. (10.06.)
 - **Maklerprovisionen:** Der Bundesrat beantragt dem Parlament, den Steuerort für Maklerprovisionen zu vereinheitlichen. Künftig sollen Steuern auf Gewinnen aus Grundstücksverkäufen immer am Wohnort des Maklers bzw. am Sitz der Maklerfirma erhoben werden, sofern sich dieser in der Schweiz befindet. Damit setzt der Bundesrat eine vom Parlament überwiesene Motion um. (17.06.)
 - **Alkoholtestkäufe:** 2015 wurden in der Schweiz über 8000 Alkoholtestkäufe durchgeführt. Die durchschnittliche Rate unerlaubter Alkoholverkäufe an Minderjährige ist unter die 30-Prozent-Schwelle gefallen. Untermauert wird dieses ermutigende Ergebnis von differenzierteren Analysen, die ein besseres Verständnis der Realität vor Ort erlauben und interessante Ansätze liefern, wie die bisherigen Präventionsbestrebungen verbessert werden können. (20.06.)
 - **Masterplan zur IKT-Strategie des Bundes:** Der Bundesrat hat den ersten Masterplan zur IKT-Strategie des Bundes 2016–2019 behandelt, in dem die

Umsetzungsschwerpunkte für die Jahre 2016 und 2017 bestimmt werden. Ebenfalls hat er im Rahmen des strategischen IKT-Controllings den Bericht per 31. März 2016 zur Kenntnis genommen, mit welchem auch die Berichterstattung zur Strategieperiode 2012–2015 abgeschlossen wird. (29.06.)

- **Personalstrategie:** Der Bundesrat hat das Umsetzungskonzept zur Personalstrategie Bundesverwaltung 2016 – 2019 verabschiedet. Er konkretisiert darin die Massnahmen aus der Strategie und legt den Zeitplan für die Umsetzung in den kommenden vier Jahren fest. (29.06.)
- **Informatikleistungen:** Der Bundesrat hat festgelegt, dass in der Bundesinformatik die elektronische Geschäftsverwaltung GEVER künftig zentral, als IKT-Standarddienst, geführt werden soll. Zudem hat er die Erweiterung des bestehenden IKT-Standarddienstes für die Identitäts- und Zugangsverwaltung IAM beschlossen. Die Content Management Systeme (CMS) zur Bewirtschaftung von Webauftritten sollen aber vorerst noch nicht zentral geführt werden. (29.06.)
- **Direkte Bundessteuer:** Die zwei Forschungsinstitute BAKBASEL und KOF haben im Auftrag des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) die Schätzmethoden für die direkte Bundessteuer der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) untersucht. Beide Institute haben je ein Gutachten verfasst. Die Gutachter finden keine offensichtlichen Massnahmen zur Verbesserung der aktuell von der ESTV verwendeten Schätzmethode. Die ESTV hat jedoch einen Vorschlag der KOF übernommen und erstellt parallel zum heutigen Modell ein kombiniertes Schätzmodell. (29.06.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Sommersession verabschiedete Vorlagen

- **Steuerstreit:** Der Ständerat hat eine Standesinitiative des Kantons Genf abgelehnt, die ein Verbot der automatischen Weitergabe von Mitarbeiterdaten von Banken und anderen Schweizer Unternehmen fordert. Das Begehren stammt aus dem Jahr 2012. Viele der Forderungen wurden denn auch schon umgesetzt. Der Ständerat verwarf die Genfer Standesinitiative einstimmig. (30.05.)
- **Bankgeheimnis:** Die Schweiz kann künftig den EU-Staaten und Australien regelmässig Informationen zu Bankkonten von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern übermitteln. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die beiden Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) deutlich gutgeheissen. Während das Abkommen mit Australien fast unumstritten war, wehrte sich die SVP gegen das Abkommen mit der EU und forderte, dass mit Ländern, die noch keine faire Regularisierung eingeführt haben, keine Daten ausgetauscht werden dürfen. Der Rückweisungsantrag scheiterte mit 119 zu 66 Stimmen. Auch der Vorbehalt, wonach die beiden Abkommen erst umgesetzt werden können, wenn alle anderen wichtigen Finanzplätze der Welt die Einführung des AIA definitiv beschlossen haben, wurde deutlich abgelehnt. (31.05.)
- **Nationalbank:** Die Schweizerische Nationalbank (SNB) soll keine neuen Vorgaben erhalten. Der Nationalrat hat zwei Vorstösse aus den Reihen der SP abgelehnt, die der Nationalbank neue Aufgaben zuweisen wollten. Die grosse Kammer folgte ihrer vorberatenden Wirtschaftskommission und lehnte die parlamentarischen Initiativen mit 136 zu 54 Stimmen respektive 136 zu 53 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Damit sind die beiden Geschäfte vom Tisch. Die Vorstösse von Matthias Aebischer (SP/BE) und Jean Christophe Schwaab (SP/VD) forderten, dass die Nationalbank neben der Preisstabilität auch einen maximalen Beschäftigungsgrad und die Kaufkraftparität gewährleisten sollte. (31.05.)
- **Energiestrategie:** Grosswasserkraftwerke sollen Subventionen erhalten, wenn sie den Strom zu tiefen Preisen verkaufen müssen. Darauf haben sich die eidgenössischen Räte geeinigt. Der Ständerat ist auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt. Zunächst hatte er nur Kraftwerke unterstützen wollen, die in eine finanzielle Notlage geraten sind. Nun sollen Wasserkraftwerke für Elektrizität, die sie unter den Gestehungskosten verkaufen müssen, eine Prämie von maximal 1 Rappen

pro Kilowattstunde erhalten. Auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt ist der Ständerat auch in anderen Punkten, etwa bei der Abwägung von Schutz- und Nutzungsinteressen. Ferner haben sich die Räte darauf geeinigt, das Massnahmenpaket zur Energiestrategie von der Atomausstiegsinitiative der Grünen zu entkoppeln. Damit können die Massnahmen früher in Kraft treten. Die Vorlage geht mit den verbleibenden Differenzen zurück an den Nationalrat. Umstritten sind noch die Ziele für die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien sowie Steuerabzüge für Gebäudesanierungen. (31.05.)

- **Bundesfinanzen:** Das Parlament hat für das laufende Jahr Nachtragskredite in Höhe von insgesamt 397 Millionen Franken bewilligt. Auch der Ständerat winkte bei der Abstimmung die zusätzlichen Kosten durch. Von den 22 Nachtragskrediten, die der Bundesrat dem Parlament unterbreitet hat, entfallen rund 90 Prozent oder 353 Millionen Franken auf den Asylbereich. Grund ist die hohe Zahl von Asylgesuchen. "Wenn die Gesuchszahlen wieder ansteigen, brauchen wir zusätzliche Kredite", sagte Finanzminister Ueli Maurer. Zusammen mit den Nachtragskrediten hat der Ständerat überdies die Staatsrechnung 2015 ohne Gegenstimme genehmigt. Diese schliesst mit einem Überschuss von rund 2,3 Milliarden Franken. Budgetiert worden war ein Plus von nur 411 Millionen Franken. Ebenfalls oppositionslos gutgeheissen wurden die drei Sonderrechnungen zum Fonds für Eisenbahngrossprojekte, zum Infrastrukturfonds und zur Rechnung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung. (09.06.)
- **Heiratsstrafe:** Die Besteuerung von Ehepaaren spaltet das Parlament. Der Ständerat möchte, dass Ehepaare weiterhin gemeinsam besteuert werden. Er hat mit 25 zu 18 Stimmen eine Motion des Solothurner CVP-Vertreterers Pirmin Bischof angenommen, die eine Beseitigung der "Heiratsstrafe" auf dieser Basis fordert. Nun muss noch der Nationalrat darüber entscheiden. Dieser hatte sich allerdings im März mit 92 zu 88 Stimmen bei 6 Enthaltungen für das Gegenteil ausgesprochen: die Individualbesteuerung. Nach seinem Willen sollen Ehepaare künftig getrennt besteuert werden. Es zeichnet sich also ein Patt zwischen den Räten ab. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, man werde einen Kompromiss finden müssen. (13.06.)
- **Zoll:** Der Ständerat hält es nicht für nötig, das Grenzwachtkorps in der Ostschweiz aufzustocken. Er hat eine Motion mit dieser Forderung abgelehnt. Damit ist das Geschäft vom Tisch. Die kleine Kammer sprach sich stillschweigend gegen den Vorstoss von FDP-Nationalrat Walter Müller (SG) aus und folgte damit ihrer Sicherheitspolitischen Kommission. Der Nationalrat hatte dem Anliegen im Frühjahr deutlich zugestimmt. Kommissionssprecher Isidor Baumann (CVP/UR) erinnerte an die Parlamentsbeschlüsse zur Aufstockung des Grenzwachtkorps. Mit den zusätzlichen Stellen könne dieses flexibel auf Sicherheitsbedürfnisse an der Grenze reagieren. Wo das Personal und die Mittel eingesetzt würden, liege in der Verantwortung des Grenzwachtkorps. Die Ostschweiz werde nicht vernachlässigt. (13.06.)
- **Banken:** Der Ständerat will die Regeln für Grossbanken nicht weiter verschärfen. Er hat Vorstösse aus dem Nationalrat mit 28 zu 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Die Mehrheit befand, die Motionen der SP und der SVP hätten sich erübrigt. Der Nationalrat wollte - im Sinne eines Trennbankensystems - den Vermögensverwaltungs- und Geschäftsbanken den Eigenhandel verbieten. Zudem forderte er, dass die ungewichtete Eigenkapitalquote erhöht wird. Aus Sicht des Ständerates genügen die bisher getroffenen Massnahmen gegen das "Too big to fail"-Problem. Die Eigenkapitalquote sei erst vor kurzem erhöht worden, argumentierten die Gegner. Und ein gewisser Eigenhandel sei zur Absicherung der Geschäfte unabdingbar. (13.06.)
- **Alkoholgesetz:** Der Nationalrat unterstützt den Bundesrat bei der Totalrevision des 80-jährigen Alkoholgesetzes. Nachdem ein erster Anlauf nach langjähriger Beratung im vergangenen Winter gescheitert ist, hat die grosse Kammer einer ersten Etappe der Neuauflage ohne Änderungen zugestimmt. Dabei geht es um die Liberalisierung des Ethanolmarktes, die Privatisierung des Profitcenters Alcosuisse der Alkoholverwaltung und deren Integration in die Eidgenössische Zollverwaltung. Der

Nationalrat hat der Vorlage ohne Änderungen mit 171 zu 0 Stimmen bei 12 Enthaltungen zugestimmt. Das Geschäft geht an den Ständerat. Die Knackpunkte hat der Bundesrat in eine zweite Etappe ausgelagert. (14.06.)

- **Mehrwertsteuer:** Der Ständerat schickt die Revision des Mehrwertsteuergesetzes mit einer Differenz zurück in den Nationalrat. Er will, dass dieser seinen Entscheid klärt, den Vorsteuerabzug auch auf Leistungen zu gewähren, die von der Mehrwertsteuer ausgeschlossen sind. Der Ständerat hielt an seiner Version fest, dass der Vorsteuerabzug nicht möglich sein soll, wenn die Leistung von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind. Konkret geht es um Wohnbauten, die für Wohnzwecke genutzt werden oder genutzt werden sollen. Bei zwei anderen Differenzen ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt. Damit geht das Geschäft zurück an den Nationalrat. (15.06.)
- **Grenzkontrollen:** Der Nationalrat hält nichts von einer Verfassungsänderung für die Wiedereinführung von "eigenständigen und systematischen Grenzkontrollen". Er lehnte mit 110 zu 70 Stimmen und 4 Enthaltungen eine parlamentarische Initiative von SVP-Nationalrat und AUNS-Präsident Lukas Reimann (SG) ab. Die Mehrheit des Nationalrates war der Meinung, dass lückenlose und andauernde Grenzkontrollen technisch nicht durchführbar seien und nicht mehr Schutz böten. Zudem würden Wirtschaftsströme behindert und letztlich das Schengen-Abkommen infrage gestellt - und damit die Sicherheit in der Schweiz, da die Polizei kein Zugang mehr zum Schengener Informationssystem (SIS) hätte. Reimann wird mit dem Anliegen aber wieder vors Parlament treten: Zusammen mit der Jungen SVP und sifa - Sicherheit für alle sammelt die AUNS derzeit Unterschriften für ihre Grenzsicherungsinitiative mit demselben Anliegen. (16.06.)
- **Schulden:** Der Nationalrat will den Staat nicht bevorzugen gegenüber anderen Gläubigern. Er hat eine parlamentarische Initiative des Genfers Roger Golay (MCG) abgelehnt, die überwiesene Steuerraten für unpfändbar erklären wollte. Golay wollte damit den Teufelskreis der Verschuldung durchbrechen. Bei einer Pfändung könnten Schuldner den Steuerzahlungen nicht nachkommen und müssten sich daher noch weiter verschulden, erklärte er. Die Mehrheit war jedoch nicht bereit, den Grundsatz der Gleichheit der Gläubiger zu durchbrechen und sprach sich gegen die Initiative aus. (17.06.)
- **Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU:** Mit 127 zu 69 Stimmen (Nationalrat) und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat) genehmigten die Eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen eine Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU, mit welcher der automatische Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Schweiz und der EU ermöglicht wird. (17.06.)
- **USR III:** In den Schlussabstimmungen hiessen der Nationalrat (mit 139 zu 55 Stimmen bei 2 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 29 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen) das Unternehmenssteuerreformgesetz III gut, das international nicht mehr akzeptierte Steuerprivilegien für ausländische Unternehmen durch andere Vergünstigungen ersetzt. (17.06.)
- **Informationsaustausch in Steuersachen:** National- und Ständerat genehmigten in den Schlussabstimmungen eine Reihe von Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen: Mit 129 zu 62 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Abkommen zwischen der Schweiz und Belize über den Informationsaustausch in Steuersachen; mit 129 zu 60 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Abkommen zwischen der Schweiz und Grenada über den Informationsaustausch in Steuersachen; mit 131 zu 53 Stimmen bei 12 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Oman; mit 157 zu 27 Stimmen bei 11 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein; mit 139 zu 39 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Norwegen; sowie mit 129 zu 57 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 41 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Albanien. (17.06.)